

**Grußwort von Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler zur Eröffnung der Ausstellung
„Berufsverbote“ (09.08.2016)**

Verehrter Herr Lowin,

verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Vergessene Geschichte“ lautet der Untertitel dieser Ausstellung, zu deren Eröffnung ich Sie im Namen unserer Stadt alle sehr herzlich hier im Neuen Rathaus willkommen heißen darf. Aber vergessen sind sie fürwahr nicht, die Zeiten, in denen Begriffe wie „Radikalenerlass“ und „Berufsverbot“ die gesellschaftliche und politische Diskussion in unserem Land beherrschten.

Gottseidank nicht vergessen — weil Mitbürger wie Bernd Lowin erfolgreich gegen politische und historische Vergesslichkeit angehen. Und weil jemand wie er zusammen mit anderen im Rahmen der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote mit Unterstützung des DGB und von DGB-Gewerkschaften wie ver.di oder der GEW genau den Weg geht, der Geschichte und Geschichten nicht vergessen lässt, sondern der über das bloße Erinnern hinaus zur Auseinandersetzung mit unserer Geschichte auffordert.

Und das ist bitter nötig. Weil das Wissen um diesen Teil der jüngeren deutschen Geschichte schlichtweg leider längst nicht mehr Allgemeingut ist. Weil man zweitens gern verdrängt und vergisst, woran man ungern erinnert werden will. Und weil die staatlich organisierte Gesinnungsschnüffelei von damals bei vielen heute einfach außerhalb ihrer Vorstellungskraft liegt — und das in Zeiten der schnellen Kommunikation und einer digitalisierten Welt, in denen erstaunlicher Weise der „Überwachungsstaat“ kein Thema mit Schlagzeilencharakter liefert.

Das Alles war in den 60ern und frühen 70ern des vergangenen Jahrhunderts sehr viel anders. Aus persönlichem Erleben und eigener Erinnerung weiß ich: In dieser Bundesrepublik war rund um den sogenannten Radikalenerlasse ja noch viel mehr in Bewegung und in Bewegung geraten: die 68er und ihre Folgen, die Studentenbewegung, die Außerparlamentarische Opposition — die APO. Es ging um Notstandsgesetze. Es ging um den Vietnam-Krieg und mittelbar damit auch um Fragen der Westintegration unseres Landes.

Das war alles deutlich lauter, viel demonstrativer, viel provokanter und grundsätzlicher in Kritik und Widerstand als man es bis dahin kannte, nach den eher ruhigen, fetten Jahren des Wiederaufbaus, der allmählichen Wohlstandsmehrung und des vermeintlichen Konsenses.

In diese aufregende Zeit in einer aufgeregten Republik fielen die von den Ministerpräsidenten der Länder verabschiedeten „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, der sogenannte Radikalenerlass.

Der hat, wie diese Ausstellung dokumentiert, zur politischen Überprüfung von 3,5 Millionen Menschen geführt und zur Meldung von mehr als 20.000 oder 25.000 verdächtigen Bewerbern bei den Einstellungsbehörden. Die Einleitung von mehr als 10.000 Berufsverbotsverfahren war ebenso die Folge wie die Nicht-Einstellung von mehr als 2.000 Bewerbern und sogar die Entlassung von mehr als 250 Beamten aus dem Dienst.

Was das für biografische Konsequenzen hatte und haben konnte, was das für das private und familiäre Leben, für die wirtschaftliche Existenz, für die beruflichen Perspektiven bedeutete — das muss man sich nicht ausmalen. Aber diese Ausstellung erzählt auch davon.

Erzählt ebenso vom Widerstand im In- und Ausland gegen den sogenannten Radikalenerlass, ein Widerstand, der zunächst nichts ausrichten konnte, der aber zur Arbeit von Unterstützenkomitees für Betroffene führte und letztlich erfolgreich wurde, als die sozialliberale Bonner Regierung 1976 selbst auf Distanz zum Erlass ging.

Bis dahin waren große Teile der politischen Elite unseres Landes davon überzeugt, das Richtige für Deutschland zu tun, auch Männer wie Willy Brandt, der wie andere nun sicher nie im Verdacht stand, ein schlechter Demokrat zu sein. Ganz im Gegenteil. Aber auch ihn leitete offenbar die Sorge, diese junge deutsche Bundesrepublik könne nur knapp 30 Jahre nach dem Ende der NS-Regimes Schaden nehmen durch politische Extremisten in ihren Diensten.

Damit will ich nichts geradeziehen, meine Damen und Herren, und nichts entschuldigen, nur mir und uns die Zeit nehmen für einen rückblickenden Perspektivenwechsel. Auch das gehört zur Aufarbeitung.

Für mich besteht kein Zweifel: Es war falsch, wie der Staat damals mit seinen Bediensteten umgegangen ist. Das war radikaler als die allermeisten, die man ins Visier nehmen wollte. Was zum Schutz der Demokratie dienen sollte, hat der Demokratie und der demokratischen Kultur geschadet. Und es hat vielen Menschen und ihrem Leben Schaden zugefügt.

Wie das damals war, wie es dazu kommen konnte, welche politischen, gesellschaftlichen und historischen Hintergründe eine Rolle gespielt haben — damit beschäftigt sich diese Ausstellung, die bis zum 9. September hier in unserem Neuen Rathaus zu sehen sein wird.

Mit einem nochmaligen Dank an die Initiatoren und Veranstalter wünsche ich dieser Ausstellung viele Besucherinnen und Besucher, die bereit sind, sich mit diesem wichtigen Kapitel jüngerer deutscher Geschichte zu befassen. Auf diese Weise wird Geschichte nie vergessene Geschichte.